



## Krings- Brief vom 22. Januar 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Entsetzen haben wir alle die Nachricht von dem schrecklichen Erdbeben in Haiti aufgenommen. Eines der ohnehin schon ärmsten Länder der Welt wurde vergangene Woche von einer fürchterlichen Naturkatastrophe heimgesucht. Bislang sind über 70.000 Menschen tot geborgen worden, Hunderttausende sind verletzt, etwa 1,5 Millionen Menschen obdachlos. Uns ist bewusst, dass die Bevölkerung ohne fremde Hilfe, auch aufgrund der derzeitigen schwachen staatlichen Strukturen, nicht überleben kann.

Aufgrund dessen muss es in der Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaften liegen, den Menschen vor Ort, wo Lebensmittel und Trinkwasser knapp sind, zu helfen. Die Bundesregierung und deutsche nichtstaatliche Organisationen werden das Möglichste tun, um den Menschen beizustehen. Mein Dank gilt hierbei vor allem dem schnellen engagierten Einsatz der Katastrophenhelfer vor Ort und in Deutschland.

Ferner ruft die CDU/CSU- Bundestagsfraktion die Bevölkerung auf, die Arbeit der Hilfsorganisationen mit Spenden zu unterstützen und damit das Überleben der betroffenen Bewohner Haitis zu sichern.

---

### **Bundshaushalt 2010 im Zeichen der Krisenbekämpfung**

Auch in der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise ist es von Priorität, dass die vorgesehenen Nettokreditaufnahmen gegenüber dem ersten Entwurf der alten Koalition, trotz der mit den Wachstumsimpulsen verbundenen zusätzlichen Belastungen für den Haushalt, nicht weiter ansteigen. Das entschlossene Handeln der Bundesregierung im letzten Jahr hat den Finanzmarkt stabilisiert und die konjunkturelle Talfahrt gestoppt. Insbesondere der Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte so stark begrenzt werden wie in keinem anderen Industrieland weltweit.

Wir bekennen uns klar zu der im Grundgesetz verankerten Schuldengrenze und dem europäischen Stabilisierungspakt. Denn wir halten an unserem Ziel fest, sobald wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

Zudem ist es unser Bestreben, gestärkt aus der Krise zu kommen. Deshalb werden wir gezielt in die Zukunft investieren: so erhöhen wir zum Beispiel im Bereich Bildung und Forschung die entsprechenden Ausgaben um weitere 12 Milliarden Euro. Auch die Ausgaben für die Familienpolitik verzeichnen mit + 6,7 Prozent einen deutlichen Zuwachs.

---

## **Unser Ziel: die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger**

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr, mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5 Prozent, so stark wie noch nie in der Nachkriegszeit eingebrochen. Der stärkste Rückgang war im Winterhalbjahr 2008/2009 zu verzeichnen. Im Jahresverlauf fand eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung statt. Trotzdem ist die deutsche Wirtschaftsleistung zu ersten Mal seit sechs Jahren zurückgegangen.

Auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm, trotz des hohen Niveaus der Sparquote von 11,2 Prozent, lediglich um 4 Prozent zu. Die kleinste Zuwachsrate seit der Wieder-vereinigung. Auch die berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen 2009 mit 0,5 Prozent etwas stärker als das verfügbare Einkommen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hält dennoch ihr Wort: die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bleibt eines unserer Hauptanliegen. Wir werden entsprechend des Koalitionsvertrages die große Steuerstrukturreform umsetzen. Von den im Koalitionsvertrag vereinbarten 24 Milliarden Euro haben wir bereits Familienentlastungen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro durchgesetzt. Es bleibt auch dabei, dass der Bildungspakt von Bund und Ländern mit einem Zuwachs der Ausgaben für Forschung und Bildung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 umgesetzt wird.

Nun gilt es weitere Wachstumsimpulse zu setzen, um zu einem selbsttragenden Aufschwung zu kommen. Ein entscheidender Beitrag ist dabei die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund haben wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem Sozialversicherungs- Stabilisierungsgesetz für steuerliche Entlastungen gesorgt und verhindern gleichzeitig zusätzliche Belastungen durch steigende Sozialbeiträge.

## **Bewältigung und Aufarbeitung der Krise**

In meiner Rede am Dienstag zum Budget des Bundesministeriums der Justiz habe ich den Beitrag der Rechtspolitik zur Bewältigung der Krise herausgestellt.

Mit der Aufarbeitung der Krise müssen nun die Konsequenzen gezogen werden, um künftigen Krisen vorbeugen zu können. Dieses Thema ist zu wichtig, als dass es allein den Ökonomen überlassen werden kann. Im Rechtsstaat hat eben nicht alles seinen Preis; deshalb steuert er das menschliche Verhalten auch nicht mit Geld, sondern mit verbindlichen Ge- und Verboten.

Ein Schwerpunkt der Koalition zur Aufarbeitung der Krise wird daher insbesondere das Insolvenzrecht sein. Wir wollen Unternehmen nicht vor dem Insolvenzrecht schützen, sondern wir wollen Unternehmen und Arbeitnehmer mit dem Insolvenzrecht schützen. So dass im Regelfall Unternehmen nicht abgewickelt werden, sondern saniert und fortgeführt werden können.

Dabei werden uns bei diesen Reformen an den bewährten Rechtsgrundsätzen im Bürgerlichen Gesetzbuch orientieren: Verträge sind einzuhalten, Eigentumspositionen zu schützen und persönliches Verschulden zieht eine persönliche Haftung nach sich. Dies sind die bewährten Prinzipien für eine Gesellschaft mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit.

Als wichtiger Schritt auf dem Weg zur Bekämpfung des politischen Extremismus haben wir im Justizhaushalt nun auch Hilfgelder für die Opfer von linksextremistischer oder islamistischer Gewalt bereit gestellt. Rot/Grün hatte sich seinerzeit ausschließlich auf rechtsextreme Gewalt beschränkt.

***Es grüßt Sie herzlich aus Berlin***

***Ihr***

***Dr. Günter Krings***